

Stellungnahme des OBs vor Eintritt in die Tagesordnung:

Anrede,

auf Bitte/Vorschlag der den Ältestenrat bildenden Fraktionen des Rates gebe ich folgende Erklärung ab:

Mit Entsetzen haben wir die kriegerischen Ereignisse der letzten Wochen in Israel verfolgt und sind froh, dass in Zwischenzeit eine Waffenruhe vereinbart worden ist, um hoffentlich eine friedliche Lösung für den Konflikt erreichen zu können.

Auch unsere langjährige Partnerstadt Nahariya ist Ziel von Raketenangriffen der Hizbollah gewesen. Und wer schon einmal dort war, weiß, was es bedeutet, wenn die Menschen gezwungen werden, sich stunden- oder tagelang in fensterlosen Schutzräumen aufzuhalten.

Den Menschen in Nahariya gilt deshalb unsere besondere Solidarität und Unterstützung. Wir verbinden das mit der Hoffnung, dass sehr bald wieder eine Rückkehr zum „normalen“ Leben möglich sein wird! Ein Leben in dem alle- insbesondere israelische und palästinensische Kinder- ein friedliches Leben führen können, ein Leben, das nicht durch Angst vor Bomben- und Raketenangriffen geprägt ist.

Das Existenzrecht Israels ist Teil der Staatsräson der Bundesrepublik und wird von keiner demokratischen Partei in Frage gestellt. Dennoch ist es notwendig, das immer wieder zu betonen!

Sorgen bereitet uns der zunehmende Antisemitismus in Deutschland. Es ist gut, dass sich die Bielefelder Stadtgesellschaft klar und eindeutig zu jüdischem Leben und jüdischen Einrichtungen in unserer Stadt bekennt. Denn jüdisches Leben ist integraler Bestandteil unserer Gesellschaft!

Es ist ein wichtiges Zeichen, dass der Integrationsrat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig eine Resolution mit dem Titel „Kein Raum für Antisemitismus in unserer Stadt!“ beschlossen hat. Die Fraktionen des Rates begrüßen diese Resolution und bekennen sich insbesondere zur folgenden Aussage:

„Als Integrationsrat der Stadt Bielefeld stehen wir in besonderem Maße in Verantwortung für den Erhalt des friedlichen Zusammenlebens in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft und deshalb werden wir nicht tatenlos zusehen wie unterschiedliche undemokratische Kräfte den Konflikt im Nahen Osten, als Vorwand für das Schüren von Antisemitismus benutzen und sich dadurch gezielt gegen unsere demokratischen Werte wenden.

Wir sagen mit aller Deutlichkeit nein zu jeder Art von Antisemitismus und solidarisieren uns mit den in Bielefeld lebenden jüdischen Menschen!“

Wir teilen die Forderung, den Antisemitismus nicht nur verbal zu verurteilen, sondern gezielt mit allen geeigneten Maßnahmen zu bekämpfen. Sei es durch Begegnungs- und Dialogveranstaltungen, durch Bildungsangebote in den Schulen und an außerschulischen Lernorten, durch politische und kulturelle Veranstaltungsformate.

Politik und Verwaltung werden auch weiterhin gemeinsam mit der Stadtgesellschaft gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus und jedwede Art der Menschenfeindlichkeit eintreten!

Damit wir alle auch in Zukunft friedlich und in Vielfalt in Bielefeld zusammenleben können!